

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Tim Dieter und der Volksfront
Fraktion

Umgehung des Bundestages bei einem militärischen Einsatz der Bundeswehr

Die Bundesregierung schickte gestern um 22:30 eine Unterrichtung eines humanitären Einsatzes in Palästina (Gaza) ins Parlamentssekretariat. Dort wird dem Bundestag berichtet, dass das Bundesministerium der Verteidigung drei Bundeswehrsoldaten bewaffnet (zum Selbstschutz) nach Palästina schicken will. Nach §2 Absatz 2 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes hat sie dazu auch das Recht, aber sie muss begründen, warum und wie konkret der humanitäre Einsatz aussieht, um dieses Recht wahrzunehmen. Da wir die Sorge haben, dass der Bundestag als legislative Staatsgewalt übergangen wird, stellen wir nun folgende Anfrage und hoffen, dass eine neue Unterrichtung bald folgt.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Wie definiert die Bundesregierung die humanitäre Mission in Palästina? Wie konkret sieht die Humanität aus, damit dieser Einsatz nach §2 Absatz 2 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes rechtsgültig ist?
 - a. Warum gibt es in der Unterrichtung, welche im Bundestag angekommen ist, keine konkrete Begründung für die Humanität?
 - b. Ist sich die Bundesregierung darüber bewusst, dass sie diese explizit und detailreich begründen muss, um das Recht nach 2 Absatz 2 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes wahrzunehmen?
2. Wurde der Bundesminister der Justiz in das Vorhaben eingeweiht?
 - a. Hat er den Plan der humanitären Mission rechtlich abgesegnet?
 - b. Gab es sonstige sowohl rechtliche als auch moralische Bedenken im Bundeskabinett und wer hat diese gestellt?

3. Ist sich die Bundesregierung darüber bewusst bzw. in Kenntnis, dass ohne eine konkrete humanitäre Begründung der Bundestag das Mandat absegnen muss?
 - a. Ist die humanitäre Mission, eine solche oder nicht?
4. Wird die Mission auch ohne Begründung der Humanität weiterhin gestartet?
5. Wird eine neue Unterrichtung eingereicht, welche explizit die humanitäre Aufgabe vor Ort begründet?
 - a. Warum wurde dies beim ersten Mal schon ignoriert?
6. Wird es personelle Umstrukturierungen im Verteidigungsministerium geben, nachdem es in letzter Zeit häufige Fehlritte von Bundesminister Nico Müller und Staatssekretär Niklas Habert gegeben hatte?
 - a. Ist Ihnen bewusst, dass der Bundesminister Nico Müller bei der Antwort auf die Anfrage der Volksfront gelogen hat, da Ministerpräsident Delgado diese im Bundestag auf Anfrage bestätigte, dass Niklas Habert und Nico Müller die Ostdeutsche Staatsregierung bei der Planung und Organisation der Militärparade übergangen haben (damit auch föderale Strukturen der Bundesrepublik Deutschland) und keine Kommunikation zu den Landesbehörden planten?
 - b. Warum hat das Bundesministerium der Verteidigung nicht die humanitäre Aufgabe näher begründet?
 - c. Hat das Bundesministerium der Verteidigung eine Art Sonderstatus in der Bundesregierung, welche Fehlritte erlaubt?
 - d. Gibt es im Bundesministerium der Verteidigung militaristische Strömungen, welche von massiver Aufrüstung und neuen Angriffskriegen träumen?
 - e. Wie begründet es die Bundesregierung, dass neben Einsparungen bei der Rente durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters trotzdem in Zukunft massiv viel Geld in die Bundeswehr gesteckt wird?
 - f. Ist der Bundesregierung Verteidigung wichtiger als soziale Gerechtigkeit und Wohlstandserhaltung?
7. Falls doch noch eine humanitäre Hilfe nach begründet wird, wie sieht diese aus?
 - a. Wie viele Lebensmittel und andere Konsumgüter für den lebensnotwendigen Verbrauch werden in den Gazastreifen geschickt?
 - b. Warum hat die Bundesregierung das nicht vorher bekannt gegeben, falls es solche humanitären Hilfslieferungen im Zusammenhang der humanitären Mission gab?
8. Werden Sie, falls sie den humanitären Einsatz nicht begründen können, das Mandat rechtsgültig im Bundestag beantragen?
 - a. Warum wurde dies im Falle das es kein humanitärer Einsatz ist, diesen als solchen gekennzeichnet?
 - b. Wollten sie den Bundestag also, die legislative Staatsgewalt übergehen?
9. Muss man in Zukunft mit weiteren intransparenten oder rechtsbrechenden Unterrichtungen rechnen?
 - a. Was tut die Bundesregierung, um dies in Zukunft zu vermeiden?
 - b. Werden gegebenenfalls, solche Fehlritte mit personellen Änderungen folgen?
 - c. Toleriert die Bundesregierung solche Fehlritte oder gibt es im Kabinett auch Konsequenzen?

10. Ist Ihnen bewusst, dass sie eine drohende Klage vor dem Bundesverfassungsgericht höchstwahrscheinlich ohne nachträgliche Begründung verlieren würden?

Berlin, den 24. Oktober 2025

Tim Dieter und Fraktion